Stadt Kamen **Niederschrift**

Rat

über die
1. Sitzung des Rates
am Donnerstag, dem 17.03.2011
in der Stadthalle

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:25 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD
Herr Thomas Blaschke
Frau Britta Dreher
Frau Marion Dyduch
Herr Joachim Eckardt
Herr Kaya Gercek
Frau Astrid Gube
Frau Petra Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Herr Klaus Kasperidus
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat
Herr Silvester Runde
Herr Udo Theimann
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU
Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes

Herr Reinhard Hasler
Herr Wilhelm Kemna
Herr Heinrich Kissing
Frau Susanne Middendorf
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Alexandra Möller
Frau Bettina Werning

FDP
Frau Heike Schaumann
Herr Martin Wiegelmann

DIE LINKE / GAL
Herr Klaus-Dieter Grosch
Frau Gabriele Lenkenhoff

fraktionslos
Herr Dieter Kloß

Verwaltung
Herr Reiner Brüggemann
Frau Sabrina Conrad
Herr Uwe Liedtke
Herr Jörg Mösgen
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

Personalrat
Herr Uwe Fleißig

Entschuldigt fehlten
Herr Cetin Bahcekapili
Frau Renate Jung
Herr Adrian Mork
Frau Ina Scharrenbach

Der Bürgermeister, Herr **Hupe**, begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Umbesetzung von Ausschüssen	
1.1	Umbesetzung Kulturausschuss	003/2011
1.2	Umbesetzung Gleichstellungsbeirat hier: Antrag der Fraktion Die Linke / GAL	
2	Berufung von beratenden Mitgliedern für den Schul- und Sportausschuss	001/2011
3	Straßenreinigung und Winterdienst, Beschaffung von Streusalz, Erhöhung des Reparaturbedarfs der Winterdienstgeräte und Straßenreinigung hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	131/2010
4	Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Kamen	132/2010
5	Veräußerung des Geschäftsanteils der GSW Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen an der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	012/2011
6	Bildung Fachbeirat bauliche Stadtgestaltung hier: Antrag der CDU-Fraktion	016/2011
7	Einwohnerfragestunde	
8	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Anzeige von Nebentätigkeiten gemäß § 18 Korruptionsbekämpfungsgesetz	017/2011
3	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. **Öffentlicher Teil**

Zu TOP 1.
Umbesetzung von Ausschüssen

Zu TOP 1.1.
003/2011 Umbesetzung Kulturausschuss

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung im Kulturausschuss:

	bisher:	neu:
ordentliches Mitglied:	Rolf Dechmann	Thomas Greif
stellv. Mitglied:	Thomas Greif	Frank Ambrosch

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 1.2.
Umbesetzung Gleichstellungsbeirat
hier: Antrag der Fraktion Die Linke / GAL

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung im Gleichstellungsbeirat:

	bisher:	neu:
stellv. Mitglied:	Annette Sobotta	Carmen Meyer

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.
001/2011 Berufung von beratenden Mitgliedern für den Schul- und Sportausschuss

Beschluss:

Der Rat beruft für die Dauer seiner Wahlzeit als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Schul- und Sportausschuss:

ordentliches beratendes Mitglied	stellv. beratendes Mitglied
Ev. Kirche	
Pfarrer Jochen Voigt	Pfarrer Hans-Martin Böcker
Kath. Kirche	
Frau Dr. Birgit Brinkschulte	Frau Regina Henter

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
131/2010 Straßenreinigung und Winterdienst, Beschaffung von Streusalz, Erhöhung des Reparaturbedarfs der Winterdienstgeräte und Straßenreinigung
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Es sei unstrittig, dass die Kosten im Bereich Winterdienst und Straßenreinigung höher als geplant ausgefallen seien und die entsprechenden Rechnungen bezahlt werden müssten, merkte Herr **Hasler** an. Er empfahl diese Entwicklung zum Anlass zu nehmen, um grundsätzlich über die Kostenseite des Winterdienstes nachzudenken. Dazu führte er aus, dass Winterdienst und Straßenreinigung für die Stadt kostenneutral seien, da die Kosten in diesen Bereichen über den Gebührenhaushalt abgewickelt würden. Dies führe jedoch zu einer zusätzlichen Belastung der Bürger. Er schlug vor, eine Erweiterung der Lagerkapazitäten für Streusalz zu überlegen, um durch einen günstigeren Ankauf im Laufe des Jahres Kosten zu sparen.

Herr **Hupe** informierte, dass diese Thematik bereits von der Verwaltung aufgegriffen worden sei. In diesem Zusammenhang werde auch die Erhöhung der Lagerkapazität geprüft.
Der Bürgermeister wies daraufhin, dass der Winterdienst bei einigen Bürgern, bei denen nicht die Stadt, sondern sie selbst für die Straßenreinigungspflicht verantwortlich seien, Diskussionen ausgelöst habe. Grundsätzlich liege die Verkehrssicherheitspflicht und damit auch die Haftung in solchen Fällen bei den Anwohnern. Probleme seien da aufgetreten, wo die Anwohner aus verschiedenen Gründen, beispielsweise alters- und gesundheitsbedingt, nicht mehr in der Lage seien den Schnee selbst zu räumen. Um eine Lösung zu finden, beabsichtige die Verwaltung im April ein gemeinsames Gespräch mit den hiesigen Siedlergemeinschaften zu führen.

Beschluss:

Die nachfolgende, entsprechend § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird entsprechend § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW genehmigt:

Im Produkt 54.04.01 – Straßenreinigung und Winterdienst – werden zusätzlich 35.800,-- Euro bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
132/2010 Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Kamen

Zum Einstieg in den Tagesordnungspunkt erläuterte Herr **Hupe** kurz die formale Notwendigkeit der Beschlussvorlage.

Herr **Kloß** teilte mit, dass er den Beschlussvorschlag ablehnen werde. Er begründete dies mit der Konsequenz, die aus seiner Ablehnung des Gesamthaushaltes resultiere. Er vertrat die Auffassung, dass mit dieser Maßnahme die falschen Personen zusätzlich belastet würden.

Für die CDU-Fraktion erklärte Herr **Kissing** die Ablehnung der Erhöhung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer. Er kritisierte, dass generell Steuererhöhungen nicht zur Kostenentlastung der Bürger beitragen würden. Zudem würden die Hebesätze in Kamen im Vergleich zu anderen Kommunen bereits jetzt schon im oberen Bereich liegen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte „Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer und Gewerbesteuer in der Stadt Kamen“.

Abstimmungsergebnis: bei 10 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 5.
012/2011 Veräußerung des Geschäftsanteils der GSW Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen an der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH

Herr **Kloß** richtete an die Mitglieder des Aufsichtsrates der GSW die Frage, ob die in der Vorlage geschilderte Übernahme der Leitungen und Anlagen weitere Folgebelastungen mit sich bringen würden.

Herr **Hupe** teilte mit, dass keine Abrisskosten entstünden. Es handele sich um Zuleitungen für den Transport von Fernwärme auf Bergkamener Stadtgebiet, die bislang im Eigentum der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH stünden. Die Zuleitung sei, nachdem keine Beteiligung mehr an der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH bestehe, nun Aufgabe der GSW. Das kleine Stützkraftwerk solle lediglich die nötige Energielieferung in den Fällen aufnehmen, in denen das Kohlekraftwerk in Heil abgeschaltet werden müsse. Die Abschaltung des Mittellastkraftwerkes in Heil sei zu bestimmten Zeiten notwendig.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen schließt sich der Empfehlung des Aufsichtsrates der GSW vom 15.03.2011 an und stimmt zu, dass die Vertreter in der Gesellschafterversammlung der GSW beschließen:

1. Der Veräußerung des fünfprozentigen Geschäftsanteils der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen – Bönen – Bergkamen (GSW) an der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH (FN) zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird zugestimmt.

2. Die Geschäftsführer der GSW werden bevollmächtigt, sämtliche Erklärungen und Rechtshandlungen zur Veräußerung des Geschäftsanteils vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.
016/2011 Bildung Fachbeirat bauliche Stadtgestaltung
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Lipinski** erklärte für die SPD-Fraktion die Ablehnung des Antrages. Zur Begründung legte er dar, dass seines Erachtens Beratungen im Planungs- und Umweltausschuss immer auf hohem Niveau stattfinden. Gegen die Einrichtung eines Fachbeirates für bauliche Stadtgestaltung spreche, dass die Verantwortung bei Bauvorhaben weiterhin beim Rat und seinen Ausschüsse liegen würde. Dort sei in hohem Maße ausreichend Sach- und Fachverstand vertreten.
Problematisch sehe er die nur eingeschränkte bzw. indirekte demokratische Legitimation eines solchen Fachbeirates. Befangenheit sei ein Thema, mit dem man sich in einem solchen Fachbeirat in erhöhtem Maß auseinandersetzen müsse, beispielsweise bei der Hinzuziehung von hiesigen Architekten.
Abschließend hob er die hohe Fachlichkeit in der Verwaltung, die sich auch in den vorbereiteten Beschlüssen widerspiegele, hervor.

Frau **Schaumann** teilte mit, dass die FDP-Fraktion dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen werde. Gegen den Antrag spreche der höhere Bürokratieaufwand sowie die entstehenden Mehrkosten. Dagegen spreche auch, dass durch zu enge Vorgaben Bauherren an Investitionen in Kamen gehindert werden könnten. Außerdem sei der Sachverstand durch die Planer in der Verwaltung bereits vorhanden. Eine breitere Beteiligung der Öffentlichkeit werde zwar begrüßt, diese sei jedoch auch bei der Installierung eines Fachbeirates problematisch.

Herr **Kühnapfel** zeigte Verständnis für das Ansinnen eine breite Transparenz bei Bauvorhaben zu schaffen. Er wandte allerdings ein, dass nach geltendem Baurecht die Stadtverwaltung keine Kompetenzen in Bezug auf Privateigentum habe.
Er halte es nicht für förderlich Doppelstrukturen zu schaffen, diese würden eher zu Misstrauen als zu größerer Transparenz führen. Im Planungs- und Umweltausschuss sei bereits eine sehr hohe Fachlichkeit vertreten. Zwar gebe es auch im Ausschuss keine direkten Einflussmöglichkeiten auf

private Bauvorhaben, jedoch bestehe dort die Möglichkeit der Meinungsäußerung. Eine dadurch ausgelöste öffentliche Diskussion könne ein Umdenken der Privatinvestoren herbeiführen, wie an dem Beispiel des ehemaligen Hauses Rieder zu sehen sei.
Er wies daraufhin, dass bereits jetzt schon Sachverständige zu den Sitzungen des Planungs- und Umweltausschusses geladen werden könnten. Fraglich sei, ob in einem Fachbeirat bei der Hinzuziehung von Architekten die Neutralität noch gewährleistet werden könne.
Die Fraktion werde dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen.

Die bauliche Stadtgestaltung sei beim Planungs- und Umweltausschuss richtig angesiedelt, so Herr **Kloß**. Die Verantwortung solle weiterhin in diesem Gremium sowie von der Verwaltung getragen werden.

Die Intention des Antrages sei verstanden worden, erklärte Herr **Grosch**. Jedoch werde das zusätzliche Gremium wahrscheinlich nichtöffentlich tagen müssen, was nicht zur gewünschten öffentlichen Transparenz beitrage. Der Planungs- und Umweltausschuss und die Verwaltung hätten sich bislang immer gut um Bürgerproteste gekümmert. Nicht unproblematisch betrachte er die mögliche Befangenheit und Interessenskonflikte der Mitglieder eines solchen Fachbeirates. Dem Antrag werde nicht zugestimmt.

Herr **Kissing** erläuterte den Sinn eines solchen Fachbeirates. Im Vordergrund stehe die Aufnahme von Anregungen, Gedanken und Ideen zur städtebaulichen Gestaltung von Außenstehenden, die mit den Themen befasst seien. Er kritisierte, dass im Planungs- und Umweltausschuss keine Beteiligung an den wegweisenden Entscheidungen der Stadtentwicklung stattfinde. Informationen würden zuerst aus der Presse bezogen. Erst danach werde im Ausschuss durch die Verwaltung lediglich unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen informiert. Zur Verdeutlichung nannte er die Vorgehensweise bei der Maßnahme „Parkhaus Bahnhof“. Bereits im Vorfeld sei der Architekt ausgewählt worden und damit gleichzeitig die stilistische Richtung. Im Planungs- und Umweltausschuss seien nur noch gewisse Detailfragen erörtert worden.
Er vertrat die Meinung, dass die von der Verwaltung vorgebrachten Argumente zu sehr auf Formalitäten beschränkt seien.
Andere Städte würden die Arbeit eines solchen Fachbeirates positiv für die Stadtentwicklung bewerten.

Herr **Lipinski** machte deutlich, dass er sich am Prozess der Aufstellung von Projekten bislang immer gut eingebunden gefühlt habe. Zum Parkhaus am Bahnhof hob er die umfänglichen Darstellungen der Maßnahme im Planungs- und Umweltausschuss durch die Verwaltung hervor. Unstrittig sei, dass Architekten immer eigene Ideen in eine Planung einbrächten. Diese Problematik könne nicht mit der Beauftragung eines anderen Architekten gelöst werden.
Er sei sicher, dass die Verwaltung im Vorfeld immer intensive Gespräche mit den betroffenen Investoren führe und auf diesem Weg Einwirkungsmöglichkeiten habe, die sich dann in den Beschlüssen des Planungs- und Umweltausschusses widerspiegelten.

Herr Klanke nahm ab 16.40 Uhr an der Sitzung teil.

Herr **Kühnapfel** bat zu berücksichtigen, dass die Geschmäcker verschieden seien. Bezogen auf die neue Verfahrensweise mit den Mitteilungen der Verwaltung im Planungs- und Umweltausschuss wies er daraufhin, dass dieses Thema bereits im Ausschuss kritisch diskutiert worden sei.
Um zusätzlichen Sachverstand im Ausschuss zum Thema Architektur und Stadtbildgestaltung zu ermöglichen, stellte er den Initiativantrag, die Verwaltung zu beauftragen, die Hinzuziehung weiterer Sachverständiger zu den Sitzungen des Planungs- und Umweltausschusses zu überprüfen.

Herr **Hupe** bat zu berücksichtigen, dass die Verwaltung sich nicht rein von geschmacklichen Gründen leiten lassen könne. Die Entwicklung des Riedergebäudes sei dafür beispielhaft. Die Verwaltung stelle die Nahtstelle zwischen öffentlichen Bauvorhaben und Privatinvestor dar.
Dabei sei sie an materielles Recht gebunden und könne nicht aufgrund rein geschmacklicher Fragen Bauanträge versagen.
Zur Hinzuziehung von Sachverständigen in den Ausschüssen informierte der Bürgermeister über die entsprechenden Regelungen der Gemeindeordnung. Es bestehe nicht die Möglichkeit, Sachverständige dauerhaft in einen Ausschuss zu berufen, dies könne nur durch den Ausschuss und nur nach Bedarf sowie im Einzelfall erfolgen. Von dieser Regelung ausgenommen sei beispielsweise der Sachverständige für Denkmalschutz aufgrund der sondergesetzlichen Regelung.

Herr **Kühnapfel** zog nach den Erläuterungen des Bürgermeisters den Initiativantrag zurück.

Herr **Kloß** merkte an, dass ein Fachbeirat den in der Vergangenheit bedauerlicherweise aufgegebenen Bauausschuss nicht ersetzen könne.

Der Bauausschuss habe ausschließlich Vergabeangelegenheiten nicht aber fachliche Themen diskutiert, wandte Herr **Hupe** ein.

Herr **Kloß** wies daraufhin, dass er zu den im Bauausschuss diskutierten Inhalten eine andere Meinung vertrete.

Herr **Fuhrmann** erklärte, dass die ablehnende Haltung der Verwaltung zu diesem Thema bedauert werde. Er hob hervor, dass mit dem Antrag keineswegs beabsichtigt sei, die Arbeit des Planungs- und Umweltausschusses oder der Verwaltung zu verkennen.
Mit der Einrichtung eines solchen Fachbeitrages sollte beispielsweise der fehlenden Einbindung von Bauvorhaben in die Landschaft und die Umgebung vorgebeugt werden. Ein Beispiel für eine Bausünde sei in der Hilsingstraße zu finden. Er wies daraufhin, dass andere Städte das Instrument der Gestaltungssatzung nutzen würden. In über 20 kleinen als auch größeren Städten sei bereits ein Fachbeirat für bauliche Stadtgestaltung installiert worden. Das spreche dafür, dass dort das Fehlen einer demokratischen Legitimation des Beirates nicht gesehen werde. Er hielt es für unwahrscheinlich, dass sich private Investoren von Gestaltungsvorschriften für das Stadtgebiet abschrecken ließen.

Herr **Hupe** machte deutlich, dass es sich bei dem zuvor genannten Bausündenbeispiel, um ein privates Bauvorhaben gehandelt habe. Des Weiteren stehe eine Gestaltungssatzung nicht in einem Pflichtzusammenhang mit dem beantragten Fachbeirat. Die Gestaltungssatzung in Kamen sei bewußt restriktiv gehalten, um Spielräume zu erhalten und Einzelfallentscheidungen zuzulassen.

Frau **Schaumann** vertrat die Meinung, dass Privatinvestoren bei Einhaltung des Baurechtes keine Gestaltungsvorschriften gemacht werden könnten. Die unterschiedlichen Geschmäcker müssten berücksichtigt werden.

Herr **Lipinski** hob erneut die Grundsätze der Demokratie hervor und machte deutlich, dass ein Fachbeirat in die entgegengesetzte Richtung gehe. Das Verhalten anderer Städte könne nicht entscheidend sein.

Herr **Kühnapfel** zeigte sich irritiert über die Wortmeldung von Herrn Fuhrmann, der die Gestaltungssatzung thematisiert habe. Dies sei dem Antrag nicht zu entnehmen.
Bei den Diskussionen zur THW Siedlung habe sich die Thematik als schwierig erwiesen. Die durch eine restriktive Gestaltungssatzung hervorgerufene Monotonie sehe er problematisch, da Vielfalt im Stadtgebiet wünschenswert sei.

Bezogen auf den Bauausschuss fügte Herr **Grosch** hinzu, dass dieser in den Anfängen auch inhaltliche Diskussionen geführt habe.
Er stimmte der Auffassung zu, dass die Mitglieder des Planungs- und Umweltausschusses häufig vor vollendete Tatsachen gestellt würden. Zudem kritisierte er, dass sich die Verwaltung der Zustimmung zu den Planungen dank der Mehrheitsfraktion immer sicher sein könne.

Bislang gebe es nur formale Diskussionen und formale Bedenken die im Planungs- und Umweltausschuss diskutiert würden, bemängelte Herr **Kissing**. Ziel des gewünschten Fachbeirates sei ausschließlich die vorbereitende Beratung und keine bindenden Vorschriften.

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion, mit dem die Verwaltung per Beschluss beauftragt werden soll, einen Vorschlag zur Bildung eines Fachbeirates bauliche Stadtgestaltung zu entwickeln und eine entsprechende Geschäftsordnung zu erarbeiten und sie dem Rat der Stadt Kamen zum Beschluss vorzulegen, wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 9 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 7.

Einwohnerfragestunde

Herr Helmut **Stalz**, wohnhaft Flözweg 22 in Kamen, bat um die Beantwortung von Fragen zu den geplanten Maßnahmen an der Lünener Straße. Zunächst teilte er mit, dass die Anwohner die Maßnahmen generell begrüßten. Er bezog sich auf entsprechende Informationen aus der Tagespresse und fragte nach Ort und Zeitpunkt der geplanten Schadstoffmessungen, ob die Ergebnisse der Verwaltung bereits vorlägen und ob Grenzwerte

überschritten würden. Zudem erkundigte er sich nach der Zeitplanung für die Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und -sicherheit.

Herr **Liedtke** machte deutlich, dass auf der Lünener Straße keine Schadstoffmessungen, sondern Berechnungen durchgeführt würden, die zur Zeit durchgeführt werden. Aufgrund der Komplexität der Berechnungsverfahren lägen voraussichtlich frühestens im April/Mai Ergebnisse vor.

Herr **Brüggemann** fügte ergänzend hinzu, dass der Bau der Querungshilfe im Sommer beginnen werde. Zunächst seien noch die Fragen der Ausschreibung und Vergabe zu klären.
Die Zusage zur Umsetzung der Temporeduzierung und die Einrichtung eines Schutzstreifens sei unter Vorbehalt der Zustimmung des Rates zum Lärmaktionsplan erfolgt. Dieses Vorgehen berücksichtige neben den strategischen Gründen auch die rechtliche Durchsetzbarkeit der Maßnahmen. Er verdeutlichte, dass gegen die Maßnahmen, die mit Verkehrsanordnungen gleichzusetzen seien, ein Widerspruch durch die Straßenbaulastträger möglich wäre. Letztendlich entscheide im behördlichen Verfahren die Bezirksregierung .
Bezogen auf ein LKW-Lenkungskonzept verdeutlichte Herr Brüggemann, dass dies als Prozess betrachtet werden müsse, bei dem auch die Beteiligung der Nachbarkommunen notwendig sei. Er sagte zu, den Straßenverkehrsausschuss regelmäßig über die Entwicklung zu informieren.
Die Umsetzung wirksamer Maßnahmen werde einige Zeit in Anspruch nehmen.

Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

8.1 <u>Mitteilungen</u>

8.11 Herr **Hupe** informierte, dass in der letzten Sitzung des Ältestenrates die Problematik der Erdgasbohrungen thematisiert worden sei. Dabei sei vereinbart worden, dass die Verwaltung weitere Recherchen u.a. zu den beteiligten Firmen, rechtlichen Möglichkeiten und Einwirkungsmöglichkeiten vornehme. Die Verwaltung werde die Fraktionen und die Presse fortlaufend über den aktuellen Stand informieren, um Transparenz zu gewährleisten.
Im Ältestenrat sei abgestimmt worden, zur nächsten Ratssitzung eine Verfahrensresolution zu diesem Thema beschlussreif vorzubereiten. Als ein wichtiger Aspekt sei die Forderung, in die Genehmigungsverfahren nach Bergrecht eine Umweltverträglichkeitsprüfung einzubinden, herausgestellt worden.
Für den 23.03.2011 sei zu diesem Thema eine Zusammenkunft in Dortmund, geleitet von dem Regierungspräsidenten Dr. Bollermann, terminiert. Der begrenzte Teilnehmerkreis umfasse die betroffenen Gemeinden Nordwalde, Drensteinfurt und Borken. Zudem seien Fachleute, Bürgerinitiativen, Vertreter der Kreise zu dem Gespräch geladen. Der Bürgermeister teilte mit, dass er sich um eine Teilnahme bemühe. Diesbezüglich habe er den Regierungspräsidenten unter Hinweis auf die besondere Bedeutung und Sensibilität des Themas für die Stadt Kamen nach dem Erdfall Wasserkurl angeschrieben. Abgesehen von diesen Bemühungen seien die Fraktionsvorsitzenden eingeladen an einem Begegnungstermin mit Herrn Dr. Bollermann am 23.03.2011 in der Mittagszeit teilzunehmen.

8.12 Herr **Hupe** berichtete, dass die Verwaltung ein Schreiben des Bündnisses gegen Rechts erreicht habe, das die Problematik rechter Schmierereien in Kamen thematisiere.
Das Bündnis begehre die Beseitigung rechter Schmierereien an öffentlichen Gebäuden in Verbindung mit der Genehmigung für Privatleute, die vorhandenen Schmierereien mit von der Stadt zur Verfügung gestelltem Material zu übermalen, wie es in der Gemeinde Bönen bereits praktiziert werde. Zudem werde vorgeschlagen, Privateigentümer bei der Beseitigung der Schmierereien nach Bönener Vorbild zu unterstützen.
Der Bürgermeister setzte den Rat über die Antwort der Verwaltung in Kenntnis. Danach bestehe Einigkeit zwischen der Verwaltung und dem Bündnis gegen Rechts bezüglich des Grundanliegens und der Bedeutung des Themas. Er machte deutlich, dass rechte Schmierereien an städtischen Gebäuden immer direkt nach Kenntnis entfernt würden. Die Unterstützung von Privateigentümern könne jedoch unter Berücksichtigung, dass es sich um eine zusätzliche freiwillige Leistung handele, die in Zeiten des Nothaushaltes nicht so einfach möglich sei, nicht geleistet werden. Hier könne die Stadt lediglich in beratender Funktion tätig werden.
Die Initiative halte er für sinnvoll, so Herr Hupe. Haushalts- und privatrechtliche Gründe schränkten die Handlungsmöglichkeiten der Verwaltung jedoch bedauerlicherweise ein..

8.13 Der Bürgermeister setzte den Rat über ein Schreiben des Städte- und Gemeindebundes in Kenntnis, dass die Landesregierung aufgrund der aktuellen Geschehnisse in Japan am 18.03.2011 um 9.30 Uhr zu einer Schweigeminuten in der öffentlichen Verwaltung aufrufe.

8.2 <u>Anfragen</u>

8.21 Bezogen auf die Diskussion zur Funktion des ehemaligen Bauausschusses, verbat sich Herr **Kloß**, ihm zu unterstellen, dass er die Unwahrheit sage. Zur Untermauerung seines Standpunktes zur Ausschussfunktion führte er an, dass der Bauausschuss beispielsweise über die Renovierung der Hausmeisterwohnung diskutiert habe.

Herr **Hupe** wies mit aller Deutlichkeit darauf hin, dass nie die Sprache davon gewesen sei, Herr Kloß habe vorsätzlich die Unwahrheit gesagt.

8.22 Herr **Kissing** bezog sich auf den Antrag zum mobilen Bürgerbüro, der nach Beratung und Vorschlag durch die Verwaltung abgelehnt worden sei. Er fragte nach dem aktuellen Sachstand.

Herr **Hupe** führte aus, dass entsprechende Anforderung in der Regel aus dem Seniorenbereich stammten und daher von dem Seniorenbeauftragten Herrn Fallenberg bedient würden.

Nach Anfrage von Herrn **Kissing** sagte Herr **Hupe** zu eine Aufstellung der Fallzahlen der Niederschrift hinzuzufügen (siehe Anlage).

gez. Hupe Bürgermeister	gez. Tost Schriftführer